



Impulse 2016 – 2021

Wahlprüfsteine des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags zur Landtagswahl 2016

Am 13. März 2016 bestimmen rund 7,8 Millionen Menschen in Baden-Württemberg, davon 550.000 Erstwähler, ein neues Parlament.

Dabei kann jede Stimme richtungsweisend sein; nach dem Regierungswechsel 2011 von Schwarz-Gelb zu Grün-Rot sieht es nunmehr nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen der Lager aus. Nicht nur deshalb möchte ich an Sie appellieren, aktiv den Kurs mitzubestimmen. Das Wahlrecht auszuüben oder Politik selbst zu gestalten, ist ein Zeichen demokratisch gelebter Kultur.

Der BWiHK ist Dachverband der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg. Er unterstützt und begleitet die Politik als starke Stimme von 650.000 Unternehmen im Land. Genau deshalb haben wir diese Broschüre erarbeitet, die auf Anliegen und Interessen unserer Mitgliedsbetriebe fußt.

Sie beinhaltet 38 Impulse für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – verteilt auf die fünf Rubriken Bildung, Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit, Standortqualität und rechtliche Rahmenbedingungen.

Vielleicht sind Sie es, die oder der nach dem Wahlsonntag einen der Sitze im Parlament innehat. Meine besten Wünsche dafür an dieser Stelle. Ich möchte Ihnen keinen Vortrag über „richtige“ Wirtschaftspolitik halten. Es gibt allerdings Leitplanken, die unseren Standort zu dem gemacht haben, was er heute ist. Damit das so bleibt, bedenken Sie bei all Ihren Entscheidungen: Gut funktionierende Wirtschaftsbetriebe mit ihren Mitarbeitern sind ein tragendes Fundament unserer Gesellschaft. Leistungs- und wettbewerbsstarke



Unternehmen gewähren auf marktwirtschaftlicher Grundlage eine Stabilität, die geradezu Voraussetzung für die Bewältigung der enormen Herausforderungen unserer Zeit ist. Hier gibt es keinen Spielraum für politische Experimente, die besonders unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft über Gebühr belasten.

EIN WORT DES BWiHK-PRÄSIDENTEN ZUR LANDTAGSWAHL 2016



Was brauchen wir also konkret?

Wenn wir bedenken, dass das verarbeitende Gewerbe fast ein Drittel unseres Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, dass der industrielle Nucleus auch Antrieber für alle anderen Sektoren insbesondere im Dienstleistungsbereich ist – dann brauchen wir eine Politik, welche die Standortfaktoren nachhaltig stärkt, neue Technologien unterstützt und heute schon an übermorgen (mit)denkt – konsequent und ohne ideologische Scheuklappen. Nach tiefgreifenden Veränderungen in der Energieversorgung, sichtbaren Mängeln in der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur und auf der Schwelle zur „Wirtschaft 4.0“ brauchen wir jetzt entschlossene landespolitische Akteure. Frauen und Männer, die dort ansetzen, wo unserer Wirtschaft „der Schuh drückt“ – damit unsere Betriebe nicht das Tempo verlieren und zwangsläufig in ihrer Leistungsfähigkeit zurückfallen.

Wie es „läuft“, hängt aber genauso von der Bundes- und Europapolitik ab. Deshalb braucht unser starkes Land eine ebenso starke Stimme

im Bund und in Europa. Vielleicht haben wir hier, soll ich heute eine Bewertung abgeben, noch Potenzial nach oben. Denn immer mehr Verordnungen, Gesetze und Erlasse, unter denen unsere Betriebe derzeit ächzen oder die sie in naher Zukunft belasten werden, kommen aus Berlin oder Brüssel – sei es eine ungewisse Zukunft für Firmenerben bei der Erbschaftsteuer, die massiv Fachkräfte entziehende „Rente mit 63“, die irrsinnige bürokratische Last beim Mindestlohn, die bei aller Berechtigung für einzelne Bedenken unsägliche Diskussion um das Handelsabkommen TTIP oder schlussendlich die noch vielen ungelösten Fragen beim notwendigen Energiebinnenmarkt. Wir brauchen dazu eine Landesspitze und Parlamentarier, die sich jeder nach seinem Vermögen entschlossen einbringen und klare Kante zeigen, auch wenn eine solche Haltung nicht immer politischer Opportunität entspricht – zum Beispiel bei der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs.

Sorgen Sie mit Hilfe unserer Impulse dafür, dass die richtigen Entscheidungen in Ihren Wahlprogrammen Einzug halten und bei der späteren politischen Umsetzung. Nun wünsche ich Ihnen eine gute Lektüre. Treten Sie gerne mit uns in Kontakt zu Themen, die Sie mit uns diskutieren oder gemeinsam vorbringen möchten. Dazu finden Sie in jeder der fünf Rubriken zwei hervorgehobene Top-Forderungen in Form von Postkarten, welche die Kontaktaufnahme einfach machen. Oder mailen Sie uns, wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen. ■

Ihr Dr. Peter Kulitz
BWIK-Präsident



BILDUNG

DUALE AUSBILDUNG ALS ECHTE
ALTERNATIVE ZUM STUDIUM PLATZIEREN



DUALE AUSBILDUNG ALS ECHTE ALTERNATIVE ZUM STUDIUM PLATZIEREN

Teilen Sie uns Ihre Meinung zu dieser Top-Forderung mit.
Wir freuen uns auf Ihre Zusendung.

Name:

Anschrift:

Nachricht:

.....

.....

.....

.....



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

BWIK e. V.
Jägerstraße 40
70174 Stuttgart



DUALE AUSBILDUNG ALS ECHTE ALTERNATIVE ZUM STUDIUM PLATZIEREN

ES GIBT INZWISCHEN EBENSO VIELE STUDIEN- WIE AUSBILDUNGSANFÄNGER, AUCH, WEIL VIELE SCHÜLER **DIE DUALE AUSBILDUNG** NICHT RICHTIG KENNEN. SIE IST EINE **ECHTE ALTERNATIVE** FÜR ABITURIENTEN MIT HERVORRAGENDEN KARRIERECHANCEN. DAS NEUE SCHULFACH „WIRTSCHAFT, BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG“ UND DIE LEITPERSPEKTIVE **„BERUFSORIENTIERUNG“** MÜSSEN DIES **DEUTLICH VERMITTELN**. ZENTRAL IST AUCH DIE VERBINDLICHE EINFÜHRUNG EINES **„TAG DER BERUFSBILDUNG“** AN ALLEN SCHULEN.

BERUFSSCHULEN GERATEN GERADE IM LÄNDLICHEN RAUM ZUNEHMEND UNTER DRUCK. DAS BELASTET DIE DUALE AUSBILDUNG, SCHAFFT PROBLEME FÜR AZUBIS UND DEREN AUSBILDUNGSBETRIEBE. DIE REGIERUNG MUSS NICHT NUR SICHERSTELLEN, DASS **BERUFSSCHULEN PERSÖNLICH** UND **SACHLICH ENTSPRECHEND AUSGESTATTET** SIND. AUCH FÜR **STANDORTNAHE BESCHULUNG** SOLLTE SIE SORGE TRAGEN. IN ABWEICHENDEN FÄLLEN MÜSSEN DIE KAMMERN BEI DER STANDORTWAHL ENG MIT EINBEZOGEN WERDEN.

BERUFSSCHULSTANDORTE SICHERN

Teilen Sie uns Ihre Meinung zu dieser Top-Forderung mit.
Wir freuen uns auf Ihre Zusendung.

Name:

Anschrift:

Nachricht:

.....

.....

.....

.....

.....



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

BWIIHK e. V.

Jägerstraße 40

70174 Stuttgart



BERUFSSCHULSTANDORTE SICHERN



Wie es ist

Die Demografie sorgt für immer weniger junge Menschen im Land, parallel dazu findet ein Run auf akademische Bildung zu Ungunsten der dualen Ausbildung statt. Diese Entwicklung führt zu einem Wandel im Bildungsbereich: Es gibt inzwischen ebenso viele Studien- wie Ausbildungsanfänger. Gleichzeitig nimmt die Zahl der unbesetzten Lehrstellen jährlich zu, obwohl zahlreiche Jugendliche keine passende Ausbildungsstelle finden. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Neben mangelnder

Ausbildungsreife sind unklare Berufsvorstellungen nach einer IHK-Ausbildungsumfrage unter mehr als 1.600 Unternehmen in Baden-Württemberg das größte Ausbildungshemmnis. 76 Prozent der Betriebe, die Probleme bei der Besetzung ihrer Lehrstellen haben, bemängeln die berufliche Orientierungslosigkeit der Bewerber.

*DUALE AUSBILDUNG ALS ECHTE ALTERNATIVE
ZUM STUDIUM PLATZIEREN*



Wie es sein sollte

Wer die Schule verlässt, muss ausbildungsreif sein, seine Stärken wie Schwächen kennen und wissen, welchen beruflichen Weg er/sie grundsätzlich einschlagen will. Auch Jugendliche an den Gymnasien sollten die duale Ausbildung als echte Alternative zum Studium kennen und als solche begreifen. Dabei gilt es, die hervorragenden Berufschancen nach einer betrieblichen Ausbildung herauszustellen. Durch einen weiteren Ausbau von kombinierten Aus- und Weiterbildungsangeboten und Zusatzqualifikationen müssen mehr leistungsstarke Jugendliche wie auch Studienabbrecher für den betrieblichen Karriereweg gewonnen werden.



Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

In allen Schulen muss die duale Ausbildung als gleichberechtigter Bildungsweg mit hervorragenden Karrierechancen neben einem Studium etabliert werden.

Das Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ und die Leitperspektive „Berufsorientierung“ müssen so eingeführt werden, dass die berufliche Vielfalt und die Chancen des Ausbildungssystems aus über 300 Berufen widerspiegelt werden. Dazu sollen die Lehrkräfte nach Möglichkeit die Aus- und Weiterbildungsangebote der Wirtschaft nutzen. Darüber hinaus

muss speziell an Gymnasien verstärkt über Inhalte und Perspektiven einer dualen Ausbildung informiert werden. Die Initiativen „Bildungspartnerschaften“ und „Ausbildungsbotschafter“ müssen fortgesetzt werden und in den Schulalltag Eingang finden. Die verbindliche Einführung eines „Tag der Berufsbildung“ an allen Schulen ist dringend geboten. ■



Wie es ist

Angesichts der demografischen Entwicklung und zunehmender Akademisierung steht die duale Ausbildung unter stetig steigendem Druck. Die Zahl der pro Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist rückläufig: Immer mehr Unternehmen können ihre angebotenen Lehrstellen nicht besetzen. Insgesamt blieben alleine im vergangenen Jahr 5.000 offen. Vor allem im ländlichen Raum stellt sich deshalb vermehrt die Frage, ob Berufsschulklassen weiter angeboten werden

können und so eine ortsnahe Beschulung in Zukunft noch sichergestellt werden kann. Müssen Bezirks- oder Landesfachklassen an zentralen Standorten eingerichtet werden und Azubis externe Wohnmöglichkeiten für die Theoriephasen nutzen, bezuschusst das Land die auswärtige Unterbringung mit aktuell 6 Euro pro Tag.

BERUFSSCHULSTANDORTE SICHERN



Wie es sein sollte

Eine attraktive Ausbildung funktioniert durch die Zusammenarbeit engagierter Unternehmen, starker Berufsschulen und Kammern vor Ort. Dazu zählt die Gewährleistung einer möglichst ortsnahen Beschulung. Das Land unterstützt diesen Dreiklang nach Kräften. Sofern die zurückgehenden Schülerzahlen eine Zusammenfassung von Fachklassen erfordert, werden die Standorte in enger Abstimmung mit den Kammern festgelegt. Bei notwendiger auswärtiger Unterbringung übernimmt das Land die Kosten.



Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

Die Landesregierung muss zu allererst sicherstellen, dass Berufsschulen personell und sachlich entsprechend ausgestattet sind, damit sie die duale Ausbildung in den Betrieben professionell unterstützen und ergänzen können.

Grundsätzlich muss das strukturelle Unterrichtsdefizit weiter reduziert werden. Vollzeitschulische Angebote müssen der dualen Ausbildung nachgeordnet werden und dürfen diese keinesfalls verdrängen sowie notwendige Lehrerressourcen binden. Die Beschulung der Auszubildenden muss möglichst standortnah erfolgen

und mit den Kammern vor Ort abgestimmt werden. Bei unvermeidbarer auswärtiger Unterbringung sollte das Land die Kosten übernehmen, zumindest den Internatskostenzuschuss spürbar erhöhen. ■



Wie es ist

Die im Ausbildungsbündnis vereinbarten Eckdaten zur Neugestaltung des Übergangsbereichs von der Schule in den Beruf verfolgen das Ziel, mehr Jugendlichen den direkten Einstieg in eine Ausbildung zu ermöglichen. Erreicht werden soll dies durch die Intensivierung von Berufsorientierung und individueller Förderung an den allgemeinbildenden Schulen sowie der Einrichtung eines regionalen Übergangsmanagements, an dem alle maßgeblichen Akteure beteiligt werden. Gelingt der direkte Übergang nicht, sieht das Eckpunktepapier zwei neue Bildungsgänge vor:

Eine duale Ausbildungsvorbereitung (AV Dual) für Jugendliche mit Förderbedarf und die Berufsqualifizierung (BQ Dual) für Jugendliche ohne Förderbedarf, die nachweislich keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Beide weisen deutlich höhere Praktikumsanteile als bisher auf. Eine Erprobung der neuen Ansätze findet bislang an vier regionalen Standorten statt: Mannheim, Weinheim, Rems-Murr und Ostalb.

**ÜBERGANGSBEREICH SCHULE UND BERUF
KONSEQUENT WEITERENTWICKELN**



Wie es sein sollte

Der direkte Übergang von Jugendlichen in die duale Ausbildung sollte flächendeckend sichergestellt sein. Dies wird erreicht, wenn die Förderung von Ausbildungsreife und Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen systematisch verankert ist und konsequent umgesetzt wird. Dabei werden die Schulen noch mehr in die Verantwortung für die Qualität ihrer Bildungsleistung genommen. Betriebliche Ausbildung und Einstiegsqualifizierungen genießen Vorrang vor schulischen Maßnahmen. Unternehmen erhalten bei der Ausbildung schwächerer Jugendlicher Begleitung und Unterstützung.



Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

Damit das Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ sowie die Leitperspektive „Berufsorientierung“ ab Herbst 2016 an allen weiterführenden Schulen dazu beitragen können, den Übergangsbereich zu verkleinern, muss die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass eine ausreichende Zahl an Lehrkräften mit der entsprechenden Qualifikation zur Verfügung steht.

Die Erfahrungen aus den Modellregionen, in denen die Neugestaltung des Übergangsbereichs erprobt wird, müssen sorgfältig ausgewertet werden. Bei Bedarf sind einzelne Elemente nachzujustieren. Zudem muss der Versuch

auf weitere Regionen ausgeweitet werden. Die Einrichtung von BQ-Dual-Angeboten darf nur eine Option für den Fall sein, dass kein anderes zumutbares Angebot besteht. Für Unternehmen, die Praktika und Ausbildungsplätze für schwächere Jugendliche zur Verfügung stellen, sollte die Landesregierung begleitende Unterstützungssysteme vorhalten und Modellprojekte fördern. ■



Wie es ist

Mit Beginn des Schuljahres 2016/17 wird das eigenständige Unterrichtsfach „Wirtschaft Berufs- und Studienorientierung“ in allen weiterführenden Schulen des Landes eingeführt. Die immer wichtiger werdende ökonomische Bildung sowie eine fundierte Berufs- und Studienorientierung werden damit im Bildungsplan verankert. Doch das neue Schulfach stellt auch zusätzliche Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer. Sie werden Schülerinnen und Schüler nur dann zur erfolgreichen Berufswahlentscheidung anleiten können, wenn sie selbst durch

geeignete Anpassungsfortbildungen auf ihre neue Aufgabe vorbereiten werden. Dies stellt viele Schulen vor erhebliche Herausforderungen: Die Teilnahme einzelner Kollegen an berufsbegleitenden Fortbildungen zu ermöglichen, bringt in der Schule häufig aufwendige Vertretungsregelungen und Unterrichtsausfall mit sich.

*QUALITÄT SICHERN IM SCHULFACH
„WIRTSCHAFT, BERUFS- UND
STUDIENORIENTIERUNG“*



Wie es sein sollte

Lehrerinnen und Lehrer erhalten passende Rahmenbedingungen, um sich auf die neue Aufgabe gut vorzubereiten und Kompetenzen aufzubauen. Wer an entsprechenden Fortbildungsangeboten teilnimmt, wird dazu durch Deputats-Stunden entlastet. Auch die Lehrerversorgung in den Schulen wird ausreichend gesichert, um aktive Teilnahme an berufs begleitenden Anpassungsf Fortbildungen ohne Unterrichtsausfall zu ermöglichen. Dabei wird berücksichtigt, dass auch die Teilnahme an längeren berufsbegleitenden Fortbildungen, die mehrere Module umfassen, ohne Einschränkung möglich ist. Schließlich sind entsprechende Regelungen zwingende Voraussetzungen für die Qualitätssicherung des neuen Unterrichtsfachs. Neben geeigneten Fortbildungsangeboten erhalten motivierte Lehrkräfte zudem die Möglichkeit, ihre Kenntnisse durch Betriebspraktika weiter zu vertiefen. So können sie ausreichend Praxisnähe in den Unterricht einfließen lassen.



Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

Die Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern, die an Fortbildungen zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ teilnehmen, muss als Erlass oder Verordnung vom Dienstherrn geregelt werden.

Die Fortbildung ist dafür in die Ermäßigungstatbestände aufzunehmen und weiterführende Schulen müssen informiert werden. Auch bei der Zuteilung von Lehrerstunden ist der besondere Schulungsbedarf entsprechend zu berücksichtigen. Aus Sicht der Wirtschaft muss die Chance auf Betriebspraktika für Lehrkräfte ebenso durch die Landespolitik abgesichert werden – nur so kann ausreichend echte Praxisnähe in den Unterricht einfließen. ■



Wie es ist

Die Spitzenstellung Baden-Württembergs in der Welt gilt es für die Zukunft in vielen Bereichen zu verteidigen. Stetig fortschreitende Digitalisierung beeinflusst sowohl Geschäftsmodelle von Unternehmen wie auch einzelne Arbeitsprozesse im Betrieb nachhaltig. Wenn der Umbruch durch die digitale Revolution von „Wirtschaft 4.0“ erst voll einsetzt, muss jeder Einzelne mit seiner

Qualifikation zum erfolgreichen Zusammenspiel von Technik, Organisation und Mensch beitragen. Davon ist der Bildungsbereich noch ein gutes Stück entfernt, denn das derzeit noch praktizierte „traditionelle“ Lernmodell wird den kommenden Qualifikationsanforderungen von Beschäftigten nicht mehr voll gerecht.

*BERUFLICHE WEITERBILDUNG INS DIGITALE
ZEITALTER ÜBERFÜHREN*



Wie es sein sollte

Der steigenden Bedeutung von Überblicks- und Vernetzungswissen der Mitarbeiter wird im durchlässigen Bildungssystem lebenslangen Lernens Rechnung getragen. So werden beispielsweise berufliche und hochschulische Bildung mittels eines standardisierten wie optimal durchlässigen Systems gegenseitig anerkannt. Die Landesregierung identifiziert gemeinsam mit den Akteuren der Weiterbildung rasch geeignete Instrumente, um zukünftige Qualifikationsanforderungen von Beschäftigten zu identifizieren und angemessen didaktisch und methodisch für die Weiterbildung aufzubereiten. Die Bedeutung des wachsenden Bedarfs an Überblicks- bzw. Vernetzungswissen und generell der Informations- und Kommunikationstechnik für die Facharbeit wird dabei gleichwertig berücksichtigt. Gelingen kann dies beispielsweise über eine Verzahnung von hochschulischer und beruflicher Bildung wie auch einer Intensivierung des nonformalen und informellen Lernens.



Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

Bei Digitalisierung der Arbeitswelt muss die Politik im Dialog mit der Wirtschaft klare Konzepte zur Unterstützung der Beschäftigten und spezifische Qualifizierungsprojekte nicht nur für die Industrie, sondern für alle Bereiche der Wirtschaft auflegen und bestehende Ansätze weiterentwickeln.

Die Landesregierung hat ihren direkten Einfluss auf die Gestaltung von Lerninhalten und Bildungsplänen geltend zu machen. Beispielsweise ist in dem Zuge geboten, den Hochschulzugang von Berufstätigen flexibler und durchlässiger zu gestalten. So wird der Wechsel von beruflicher Bildung zur Hochschulbildung und umgekehrt erleichtert. ■



Wie es ist

Die Themen Unternehmertum und Selbstständigkeit sind im Bildungssystem in Baden-Württemberg noch schwach ausgeprägt. Wirtschaftliche Themen sind in den Unterrichtsplänen allgemeinbildender Schulen und den Studienplänen nicht wirtschafts- oder betriebswirtschaftlicher Studiengänge – trotz erster Fortschritte – kaum

anzutreffen. Dies hat zur Folge, dass Schüler und viele Hochschüler bisher wenig Wissen über wirtschaftsökonomische Vorgänge und Zusammenhänge haben und Selbstständigkeit als Berufsperspektive kaum wahrnehmen.

*GRÜNDERGEIST IN SCHULEN UND
HOCHSCHULEN WECKEN*



Wie es sein sollte

Die Landesregierung verankert in allen Bildungseinrichtungen von der Grundschule bis zur Hochschule durchgängig die Themen Wirtschaft und Selbstständigkeit. Erster Aufschlag ist die Einführung des Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ und der Leitperspektive „Berufsorientierung“. Schüler und Studierende aller Fachrichtungen erhalten so frühzeitig Wissen über unternehmerische und wirtschaftliche Themen und werden auch für das Unternehmertum sensibilisiert. So wird ökonomisches Know-how flächendeckend vermittelt und Interesse an wirtschaftlichen Zusammenhängen sowie an der Selbstständigkeit als berufliche Alternative geweckt. Zu den Inhalten findet ein enger Dialog und Austausch zwischen Unternehmen und bildungspolitischen Akteuren statt. Ergebnis ist ein „neues Gründerklima“, in welchem junge Gründer aller Berufsrichtungen und Bildungsniveaus wie auch das Unternehmertum allgemein eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.



Was die Politik zur Umsetzung leisten kann

Es muss gelingen, ein nachhaltig positives wie vitales Gründerklima in der gesellschaftlichen Mitte zu pflanzen, das Gründungschancen zum Thema macht und so rechtzeitig für unternehmerischen Nachwuchs sorgt.

Schließlich beeinflusst gerade die gesellschaftliche Wertschätzung des Unternehmertums unsere Gründungsdynamik nachhaltig. Um dies zu erreichen, müssen Schulen und Hochschulen generell Wirtschaftswissen vermitteln und stärker zur Selbstständigkeit ermuntern sowie zu einem positiven Unternehmerbild beitragen. Die Landesregierung muss deshalb an allen Bildungseinrichtungen durchgängig die Themen Selbstständigkeit und Wirtschaft in den Lehrplänen verankern –

und zwar von der Grundschule bis zur Hochschule. Das neue Fach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ und die Leitperspektive „Berufsorientierung“ gehen, wenn entsprechend umgesetzt, in die richtige Richtung. Allerdings muss sichergestellt sein, dass ein enger Dialog zwischen Unternehmen und bildungspolitischen Akteuren stattfindet, um die Inhalte aktuell zu halten. Die Industrie- und Handelskammern sind hierfür erster Ansprechpartner, bei der Konzeption und Umsetzung von diesbezüglichen Maßnahmen aktiv mitzuwirken. ■

Impressum

© 2015 Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag, 70174 Stuttgart



Verantwortlich für den Inhalt:

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

Jägerstraße 40

70174 Stuttgart

Tel.: 0711 / 22 55 00 60

Fax: 0711 / 22 55 00 77

E-Mail: info@bw.ihk.de

www.bw.ihk.de

Verantwortlich für Satz & Gestaltung:

contenance GmbH

Ostendstraße 110

70188 Stuttgart

Tel.: 0711 / 18 42 22 00

Fax: 0711 / 18 42 22 99

E-Mail: hello@contenance.de

www.contenance.de